

01.12.2016

Kleine Anfrage 5403

der Abgeordneten Christof Rasche, Henning Höne und Holger Ellerbrock FDP

Werden mit dem „Bündnis für Infrastruktur“ Steuergelder verschwendet?

Am 20. September 2016 haben Verkehrsminister Michael Groschek, Wirtschaftsminister Garelte Duin und Finanzminister Norbert Walter-Borjans zusammen mit der IHK NRW und dem DGB NRW das „Bündnis für Infrastruktur“ ins Leben gerufen. Mit dem Bündnis wird das Ziel verfolgt, die gesellschaftliche Bedeutung von Infrastrukturmaßnahmen sichtbar zu machen und deren Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen. Im Rahmen einer offiziellen Auftaktveranstaltung am 29. November 2016 im Düsseldorfer Capitol Theater haben 52 weitere Partner das Memorandum des Bündnisses unterzeichnet.

Um das Bündnis für Infrastruktur mit Leben zu füllen, wurde eine Reihe von Handlungsfeldern identifiziert. Es soll Pilotprojekte geben, bei denen die Menschen frühestmöglich in die Planungen für Infrastrukturvorhaben einbezogen werden. Regionale Bündnisse sollen in Zusammenarbeit mit den örtlichen IHK herausragende Infrastrukturvorhaben vor Ort begleiten. Zudem soll beim Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr eine Geschäftsstelle „Bündnis für Infrastruktur“ eingerichtet werden, die für die Koordination und Organisation der Arbeit zuständig sein und die notwendigen Kommunikationskonzepte entwickeln und umsetzen soll. Schließlich soll es Facharbeitsgruppen unter Federführung der Ministerien zu verschiedenen Themenkomplexen geben.

Wie die Rheinische Post am 1. Dezember 2016 berichtet, haben sich die Grünen im Landtag von dem Bündnis für Infrastruktur distanziert und kritisieren, dass der Steuerzahler dafür aufkommen muss. Der finanzpolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen erklärte: „Ich werfe denen Verschwendung von Steuermitteln vor. Es sind öffentliche Gelder, damit die drei alten Herren ihr Profil schärfen und gegen Bürgerbeteiligung und Naturschutz schießen.“ Zudem handele es sich bei dem Bündnis für Infrastruktur „nicht um die Darstellung der Politik der Landesregierung“.

Datum des Originals: 01.12.2016/Ausgegeben: 01.12.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Kosten veranschlagt die Landesregierung insgesamt für die im Rahmen des Bündnisses für Infrastruktur geplanten Maßnahmen, insbesondere für die Auftaktveranstaltung am 29. November 2016 in Düsseldorf und die Einrichtung der Geschäftsstelle „Bündnis für Infrastruktur“, in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 (bitte die einzelnen Kostenpositionen und die jeweiligen Haushaltstitel angeben)?
2. Welche Maßnahmen, Projekte und Veranstaltungen sind im Rahmen des Bündnisses für Infrastruktur bis zum Ende der Legislaturperiode geplant?
3. Welche konkreten Ergebnisse aus den Aktivitäten des Bündnisses für Infrastruktur erwartet die Landesregierung bis zum Ende der Legislaturperiode?
4. Wie begegnet die Landesregierung den Vorwürfen des grünen Koalitionspartners, das Bündnis für Infrastruktur sei eine Verschwendung von Steuermitteln und diene nicht der Darstellung der Politik der Landesregierung, sondern lediglich der Profilschärfung der drei SPD-Minister?
5. Warum binden die drei SPD-Minister Groschek, Duin und Walter-Borjans keine Ministerkollegen ihres Koalitionspartners Bündnis 90/Die Grünen in das Bündnis für Infrastruktur ein?

Christof Rasche
Henning Höne
Holger Ellerbrock